

Große Anfrage

der Abgeordneten Renate Blank, Dirk Fischer (Hamburg), Eduard Oswald, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Georg Brunnhuber, Klaus Brähmig, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Hubert Deittert, Enak Ferlemann, Dr. Michael Fuchs, Peter Götz, Bernd Heynemann, Klaus Hofbauer, Volker Kauder, Norbert Königshofen, Werner Kuhn (Zingst), Eduard Lintner, Laurenz Meyer (Hamm), Klaus Minkel, Henry Nitzsche, Günter Nooke, Gero Storjohann, Lena Strothmann, Volkmar Uwe Vogel, Gerhard Wächter und der Fraktion der CDU/CSU

Zukunftsfähigkeit deutscher Autobahnservicebetriebe

Die Bundesrepublik Deutschland ist eine der bedeutendsten Transitnationen der Welt. Die Autobahnservicebetriebe nehmen dabei eine Schlüsselfunktion ein. Die Anforderungen unserer heutigen mobilen Gesellschaft sind ganz neue, besondere – sowohl an die Gastronomie, als auch an andere Dienstleistungsbereiche. Die Bedürfnisse der Menschen sind dynamisch und wandeln sich immer schneller. Eine verantwortungsbewusste Verkehrs-, Umwelt-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik muss sich ihrer besonders annehmen. Bis 2015 erwarten Experten einen Anstieg des Güterfernverkehrs in Deutschland um knapp 40 % – für den LKW 50 %, für die Schiene 25 bis 28 %. Der PKW-Bestand wird, laut Shellstudie, bis 2020 von derzeit 44 Millionen auf je nach Szenarium 48 bzw. 52 Millionen steigen.

Die Besonderheit des Marktes Autobahn ergibt sich neben der Heterogenität der Kundschaft aus der Breite des Autobahnnetzes und seiner Nebenbetriebe in der Fläche. Dieses Netz erstreckt sich über alle 16 Bundesländer und damit auch alle Regionen in Deutschland. Auch unter diesem Gesichtspunkt bietet das Marktgeschehen auf der Autobahn besondere Konturen und enorme Potenziale. Die ehemals bundeseigene und 1998 privatisierte Autobahn Tank & Rast Holding GmbH ist das größte Dienstleistungsunternehmen an den deutschen Bundesautobahnen.

Für die Attraktivität Deutschlands als Tourismusstandort sind Autobahnraststätten von großer Bedeutung, da nicht nur ein Großteil der deutschen Urlauber mit dem PKW oder dem Bus reisen, sondern auch die meisten ausländischen Touristen mit diesen Verkehrsmitteln nach Deutschland anreisen. Dies gilt insbesondere für Besucher aus den osteuropäischen EU-Beitrittsländern, bei denen in den nächsten Jahren überdurchschnittliche Steigerungsraten erwartet werden. Auch im Hinblick auf Transitreisende sind Autobahnraststätten eine Visitenkarte für den Tourismusstandort Deutschland, die den Eindruck über die Attraktivität des Transitlandes mitprägen und wichtig für künftige Reiseentscheidungen für deutsche Reiseziele sein können.

Verkehrssicherheit und Familienfreundlichkeit der europäischen Raststätten lassen immer noch zu wünschen übrig. Erhebliche Mängel gibt es bei über der

Hälfte der Anlagen entlang der gängigen Reiserouten laut ADAC-Raststätten-test 2003, bei dem Rastanlagen in fünf Ländern überprüft wurden. Danach erfüllen rund ein Drittel der getesteten Raststätten die Mindestanforderungen nicht. Es muss zudem dringend die Verkehrssicherheit auf vielen Anlagen hergestellt werden. Die Verantwortung hierfür trägt die öffentliche Hand. Der Autofahrer kann sich immer noch nicht darauf verlassen, dass dort, wo auf einem blauen Schild „Rasten“ angezeigt wird, und dies mit einem durchschnittlichen Abstand zwischen den Standorten von ca. 35 km bei 11 785 km Autobahn in Deutschland, auch gleich bleibende Qualität garantiert ist.

Das dicht gewobene Netz der Autobahnservicebetriebe in Deutschland steht ökonomisch 2004 vor wichtigen Herausforderungen, da die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Raststätten und Tankstellen in Deutschland derzeit sehr problematisch sind: Die Konsumzurückhaltung der Verbraucher und die steuerlichen Rahmenbedingungen, insbesondere im Mineralölsteuerbereich, führen zu erheblichen Absatz- und Umsatzeinbußen gerade im Bereich der grenznahen Tankstellen.

Die Politik ist auch angesichts der EU-Osterweiterung gefordert, um eine spürbare Verbesserung der Rahmenbedingungen sowie eine vorausschauende und bedarfsgerechte Infrastrukturpolitik mit einer Ausweitung der Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur – allein für die Bundesautobahnen ergibt sich für diesen Zeitraum hieraus ein Neubaubedarf von 2 400 Kilometern und Ausbaubedarf von weiteren 2 700 Kilometern – sowie den notwendigen Abbau bürokratischer Überregulierungen des Netzes der deutschen Autobahnraststätten zur Sicherung unternehmerischer Handlungsfreiheit herbeizuführen. Es herrscht konkreter Umsetzungsbedarf!

Wir fragen die Bundesregierung:

I. Allgemeine wirtschaftliche Bedeutung der Autobahnservicebetriebe

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die allgemeine Entwicklung der Autobahnservicebetriebe in Deutschland insbesondere seit der Privatisierung der GfN zur Autobahn Tank & Rast Holding GmbH 1998 und welche strategischen Ziele und Ansätze verfolgt sie mittel- und langfristig?
2. Mit welchem Erfolg wurde das vor der Privatisierung mit dem Deutschen Bundestag abgestimmte mittelständische Privatisierungskonzept umgesetzt?
3. Wie will die Bundesregierung dauerhaft den Erhalt leistungsfähiger mittelständischer Wettbewerbsstrukturen an den Autobahnraststätten gewährleisten und welche Konsequenzen hat dies für das Autobahnnetz?
4. Sind nach Ansicht der Bundesregierung neue Vorkehrungen notwendig, die die Entwicklung marktbeherrschender Stellungen in den Bereichen Gastronomie, Einzelhandel und Tankstellen verhindern?
5. Wie beurteilt die Bundesregierung die wirtschaftliche Lage der Pächter und welche Auswirkungen hat die aktuelle konjunkturelle Lage auf die Betriebe?
Welche Veränderungen hat es seit 1998 bei den Beschäftigten gegeben?
Welchen beschäftigungspolitischen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung für die Zukunft?
Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Debatte um Sonntagsarbeit, Feiertags- und Nachtzuschläge?
6. Welche Steigerungsraten haben die einzelnen Geschäftssparten Tankstellengeschäft, Einzelhandel, Gastronomie und Hotellerie seit 1998 aufzuweisen und welche Entwicklung erwartet die Bundesregierung in den nächsten 10 Jahren?

7. Stellt die Bundesregierung Haushaltsmittel für Investitionen bereit, um den notwendigen Ausbau von Infrastrukturprojekten im Zusammenhang mit den Autobahnservicebetrieben zu gewährleisten?
8. Wie entwickelt sich der Wettbewerb mit den entsprechenden Anbietern neben der Autobahn – Stichwort Autohöfe – und welche Erkenntnisse hat hierzu die Bundesregierung?
9. Wie beurteilt die Bundesregierung den Problemfall „Tanktourismus“, da nahezu in jedem an Deutschland angrenzenden Nachbarland aufgrund der steuerlichen Rahmenbedingungen Benzinpreise erheblich günstiger als in Deutschland sind?

Welche konkreten Zahlen hat die Bundesregierung und welche Maßnahmen ergreift sie, um die teils erheblichen Absatzeinbrüche im Bereich grenznahe Tankstellen durch das Preisgefälle zu verhindern?

10. Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit eines angestrebten Börsengangs der Tank & Rast Holding GmbH?
Welche Voraussetzungen sind dazu notwendig und in welchem Zeitrahmen soll sich dieser Vorgang abspielen?
11. Hat die verzögerte Einführung der elektronischen LKW-Maut nach Ansicht der Bundesregierung finanzielle, bauliche oder andere Auswirkungen auf die Entwicklung der Autobahnservicebetriebe in Deutschland?
Wenn ja, welche?

II. Allgemeine Infrastruktur

12. Welche Standards müssen nach Ansicht der Bundesregierung an einer Raststätte gegeben sein, und erfüllen die deutschen Autobahnservicebetriebe diese bei Parkplätzen, Toiletten, Tankstellen, Einzelhandel, Gastronomie und Hotellerie?
13. Welche Preisentwicklung ist in den letzten 10 Jahren an der Autobahn im Vergleich zum Umland in diesem Bereich zu verzeichnen?
14. Ist die Beschilderung in und um die Raststätten ausreichend?
15. Wie beurteilt die Bundesregierung die Ausweitung des traditionellen Angebots an Rastanlagen auf neue Felder, wie z. B. Hotels, Wellness, Tagungen etc., und wie reagiert sie auf die dadurch neu entstehenden Verkehrsströme?
16. Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, Zu- und Abfahrten zu Tank- und Rastanlagen entlang von Bundesautobahnen generell für den gesamten Verkehr von außerhalb der Bundesautobahnen zu schließen?
Kann sie sich Ausnahmen vorstellen?
17. Verfügen die Rastanlagen über ausreichende Fahrbahnüberwege?
Welchen konkreten Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung, um evtl. Defizite rasch zu beseitigen?
18. Welche Informationen über Unfälle von Fußgängern auf dem Raststätten-gelände hat die Bundesregierung?
19. Welche heutzutage notwendige technische Grundausstattung (Internet, WLAN) hält die Bundesregierung für notwendig und welche Maßnahmen ergreift sie?

20. Wie stellt sich die Lage in den alten und neuen Bundesländern, was Zahl, Ausstattung, wirtschaftliche sowie arbeitsmarktpolitische Bedeutung angeht, seit der Wiedervereinigung dar, und welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, um Unterschiede zu verringern?
21. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung der Ausweitung der Funktion reiner Autobahnrastanlagen verstärkt auf Belange des Tourismus hin sowie von der traditionellen Gastronomie zur Systemgastronomie von großen Ketten bei?
Gibt es dabei Unterschiede zwischen den alten und den neuen Ländern?

III. EU-Osterweiterung

22. Welche Probleme und Herausforderungen sieht die Bundesregierung auf die Autobahnservicebetriebe in Deutschland nach der vollzogenen EU-Osterweiterung zukommen?
Wie beurteilt sie die wettbewerbliche Situation insbesondere in grenznahen Gebieten?
Welche konkreten Maßnahmen ergreift die Bundesregierung?
23. Wie werden sich nach Auffassung der Bundesregierung die Benzinpreise entwickeln?
24. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die Fremdsprachen der Bürgerinnen und Bürger zu den Beitrittsstaaten zu berücksichtigen?
25. Ist die Kapazität der Raststätten und ihre Anzahl – insbesondere im Rahmen der Osterweiterung bei bestehenden oder im Bau befindlichen Autobahnabschnitten – ausreichend, und wenn nicht, welche Maßnahmen müssen getroffen werden?
26. Ist der Bundesregierung bekannt, dass konkret mehrere tausend LKW- und PKW-Stellplätze rund um die Autobahnraststätten fehlen, und wie will sie diesem Ausbaubedarf Rechnung tragen?
27. Ist angesichts dieser Herausforderungen im PKW- und Güterverkehr nach Ansicht der Bundesregierung eine gezielte Ausweitung der Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland und hier insbesondere in das Straßennetz notwendig?
Welche Mittel stellt sie dazu konkret im Haushalt bereit?

IV. Lage der Sicherheit

28. Wie beurteilt die Bundesregierung die aktuelle Sicherheitslage in und um die deutschen Autobahnservicebetriebe?
Gibt es Änderungen der Einschätzung durch terroristische Bedrohung nach den Anschlägen des 11. September?
Welche Zahlen über konkrete Delikte und Täterkreis liegen ihr vor?
29. Welche konkreten Konzepte verfolgt die Bundesregierung, um jetzt und künftig eine optimale Sicherheit für die Angestellten und Reisenden zu gewährleisten?
Welche Bedeutung haben in diesem Zusammenhang Autobahnpolizeiwachen?
30. Wie beurteilt die Bundesregierung den Jugendschutz an Autobahnraststätten?

Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um Jugendlichen den Zugang zu Alkohol sowie jugendgefährdenden bzw. indizierten Videos, Magazinen und Automatenspielen an Rastanlagen unmöglich zu machen?

31. Welche konkreten Zahlen zu Sexualdelikten im Zusammenhang mit Rastanlagen hat die Bundesregierung und wie beurteilt sie in diesem Zusammenhang die Rolle von Anhalten und Trampeln an Ausfahrten vor und im Gelände der Rastanlagen?
32. Ist nach Ansicht der Bundesregierung an allen deutschen Rastanlagen für ausreichende Beleuchtung auf dem Gelände, insbesondere den Parkplätzen, gesorgt, um dem Sicherheitsgefühl der Reisenden gerecht zu werden?
Strebt die Bundesregierung eine verstärkte Videoüberwachung einzelner Anlagen an?
33. Welche besonderen Maßnahmen nach der EU-Erweiterung ergreift die Bundesregierung, um die Zunahme von Taten durch ausländische Täter zu verhindern?
34. Wie beurteilt die Bundesregierung die Zunahme des Delikts „Benzinraub“ an Autobahntankstellen?
35. Ist die ärztliche Versorgung in Notfällen sowie der schnelle Einsatz der Feuerwehr an allen Autobahnservicebetrieben in Deutschland uneingeschränkt gewährleistet?
Wenn nicht, welchen konkreten Handlungsbedarf an welchen Raststätten sieht die Bundesregierung?
36. Sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf zur Sicherheit von Fußgängerüberwegen von Parkplätzen zum Restaurant sowie bei uneindeutigen Vorfahrtsregelungen auf dem Raststättengelände?
37. Ist sichergestellt, dass die Ein- und Ausfahrten auf allen Rastanlagen so klar gestaltet sind, dass keine „Geisterfahrer“ durch missverständliche oder verwirrende Fahrbahnbeschilderung oder Bauweise auftreten können?

V. Bedeutung für die Verkehrssicherheit

38. Welche allgemeine Bedeutung misst die Bundesregierung den Autobahnraststätten für die Verkehrssicherheit auf den Autobahnen bei und was wäre aus der Sicht der Bundesregierung noch zu verbessern?
39. Welche konkreten Maßnahmen bzw. Angebote zur Unterstützung der Verkehrserziehung an Autobahnraststätten sind geplant?
Sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf z. B. in Form von verstärkten Kontrollen der PKW-, LKW- und Busfahrer?
40. Ist geplant, künftig verstärkt an Autobahnraststätten aktuelle Stauinformationen und Wetterinformationen an die in- und ausländischen Kraftfahrer weiterzugeben?
41. Wird die Bedeutung von Verkehrsleitsystemen an Autobahnraststätten zunehmen?
Sind konkrete Maßnahmen geplant?
42. Welche Vorkehrungen trifft die Bundesregierung, um sicherzustellen, dass auch ausländische Kraftfahrer, die nach der EU-Osterweiterung verstärkt die Autobahnservicebetriebe frequentieren werden, alle wichtigen Service- und Notfallinformationen bzw. Hinweisschilder verstehen können?

43. Liegen der Bundesregierung Informationen über die Zahl der „Geisterfahrer“ und Unfälle vor, die durch falsches Auffahren bei Raststätten-Aus- und Einfahrten verursacht wurden?

VI. Service für Familien und Senioren

44. Hält die Bundesregierung die Zahl, Größe und Ausstattung der ausgewiesenen Spielplätze an Raststätten angesichts der vorwiegenden Nutzung des PKWs bei Reisen von Familien und der Bedeutung der Rastpausen bei Familien für ausreichend?

Wenn nicht, wie will die Bundesregierung mögliche Defizite beseitigen?

45. Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass an den Autobahnraststätten in Deutschland genügend markierte Frauenparkplätze vorhanden sind?

Wenn nicht, wie will die Bundesregierung mögliche Defizite beseitigen?

46. Welche Vorkehrungen trifft die Bundesregierung, um saubere sanitäre Anlagen in Autobahnraststätten als „Visitenkarte“ flächendeckend auf hohem Niveau zu sichern? Welche Informationen hat die Bundesregierung über Vandalismus und Sachbeschädigung (z. B. Graffitis) an den Anlagen und was unternimmt die Bundesregierung dagegen?

47. Ist eine Beschilderung mit dem Gütesiegel „besonders familien- bzw. seniorenfreundliche Raststätte“ als Hinweis an der Autobahn vorgesehen?

48. Sind nach Informationen der Bundesregierung Übernachtungsmöglichkeiten für diese Zielgruppen an Raststätten in ausreichendem Maße vorhanden, damit übermüdete Fahrerinnen und Fahrer einen Sicherheitsstopp machen können?

VII. Menschen mit Behinderungen

49. Welche Pläne hat die Bundesregierung, um eine ausreichende Anzahl von gesonderten Parkplätzen für Menschen mit Behinderungen an Rastanlagen zu gewährleisten?

Welche konkreten Maßnahmen zur Beseitigung bestehender Defizite sind vorgesehen?

50. Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung im Jahr 2003, dem europäischen Jahr der Menschen mit Behinderung, in Bezug auf eine verbesserte Infrastruktur für Menschen mit Behinderung an Autobahnservicebetrieben ergriffen?

51. Welche Initiativen ergreift die Bundesregierung, um lästige Barrieren an Toiletten, Parkplätzen, Restaurants, Hotels oder Tankstellen zugunsten der Mobilität und Unabhängigkeit behinderter Menschen an Autobahnrastanlagen zu beseitigen?

VIII. Bedeutung für die Umwelt

52. Wie beurteilt die Bundesregierung das Problem des zunehmenden Mülls an Rastanlagen?

53. Welche Maßnahmen zur Müllvermeidung plant die Bundesregierung?

54. Hat die Bundesregierung Kenntnis, wie sich nach Einführung des Dosenpfands die Situation an den Autobahnshops darstellt?

55. Welchen Umweltbelastungen sind an Autobahnraststätten generell Menschen ausgesetzt und ist nach Ansicht der Bundesregierung sichergestellt, dass sowohl beim Arbeitsschutz für die Angestellten der Betriebe als auch zur Gesundheit der Gäste an Tankstelle, Shop und Restaurant alle Grenzwerte bei Abgasen und Lärm eingehalten werden?
56. Welchen Stellenwert haben Solar- und Windenergie an Autobahnraststätten und sind Maßnahmen geplant, um den Einsatz umweltfreundlicher Energien zu vergrößern?
57. Welchen besonderen Umweltbelastungen sind die Bewohner raststättennaher Wohngebiete ausgesetzt?
58. Welche Auswirkungen auf die Umwelt haben nach Ansicht der Bundesregierung die zunehmende Zahl von Mobilfunkmasten an Autobahnraststätten?
59. Sind nach Ansicht der Bundesregierung genügend Flächen vorhanden, um die Reinigung von Fahrzeugen (PKW, LKW, Bus) umweltfreundlich durchführen zu können?
60. Sind generell Pflanzungen und Grünanlagen als Erholungsbereiche im Bereich von Autobahnraststätten geplant?
61. Welchen Stellenwert hat nach Informationen der Bundesregierung der Einsatz umweltfreundlicher Kraftstoffe an Autobahntankstellen?
Ist eine Ausweitung des Angebots (Flüssiggas etc.) vorgesehen?
- IX. LKW/Wohnmobile/Bus/Schwerlastverkehr/Gefahrguttransporte/Militärtransporte
62. Sind nach Ansicht der Bundesregierung ausreichend gesondert ausgewiesene Parkplätze für Wohnmobile, Busse und schwere LKW an Raststätten vorhanden?
63. Welche Auswirkungen hat nach Ansicht der Bundesregierung die Steigerung des Schwerlastverkehrs auf deutschen Autobahnen auf das Netz der Autobahnservicebetriebe?
64. Welche flächendeckenden Maßnahmen plant die Bundesregierung, um bei Stopps von extremen Gefahrguttransporten (radioaktiv, Säuren etc.) oder Militärkonvois (Munition) Risiken für die Anlagen auszuschließen?
Sind Notfallpläne vorhanden, wenn es zu Unfällen kommt?
65. Ist sichergestellt, dass verstärkt Fahrzeiten und Fahrzeugsicherheit beim Schwerlastverkehr und insbesondere bei Gefahrentransporten durch verstärkte polizeiliche Schwerpunktaktionen an Raststätten kontrolliert werden?
- X. Aktivitäten im Umfeld der Autobahnservicebetriebe
66. Wie beurteilt die Bundesregierung die stete Ausweitung der Freizeitwirtschaft im Umfeld von Autobahnraststätten?
67. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um die Ausbreitung von Sexshops sowie von legaler und illegaler Prostitution im Umfeld der Autobahnservicebetriebe einzudämmen?
68. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung der steigenden Zahl von ökumenischen Autobahnkirchen und -kapellen am Rande der Raststätten bei?
Wie unterstützt die Bundesregierung die Arbeit der Seelsorger?

XI. Problematik von Tieren

69. Welche Informationen hat die Bundesregierung über die Problematik von ausgesetzten Tieren (insbesondere in der Urlaubszeit) an Autobahnraststätten?
70. Sind nach Ansicht der Bundesregierung ausreichend „Nässplätze“ für Hunde an Autobahnraststätten vorhanden, um die Verschmutzung durch Hundekot in den Griff zu bekommen?
71. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um Leinenzwang und Maulkorb bei Hunden auf Raststätten zu kontrollieren?
72. Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, wo durch Müll und weggeworfene Essensreste Ratten an Raststätten zum Problem werden?
73. Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass an Raststätten haltende Transporte mit lebenden Tieren so versorgt werden können, dass alle Aspekte des Tierschutzes erfüllt sind?
74. Ist nach Ansicht der Bundesregierung eine diesbezügliche tierärztliche Versorgung mit Veterinären an Autobahnraststätten vorhanden?

Berlin, den 2. März 2004

Renate Blank
Dirk Fischer (Hamburg)
Eduard Oswald
Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)
Georg Brunnhuber
Klaus Brähmig
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Hubert Deittert
Enak Ferlemann
Dr. Michael Fuchs
Peter Götz
Bernd Heynemann
Klaus Hofbauer
Volker Kauder
Norbert Königshofen
Werner Kuhn (Zingst)
Eduard Lintner
Laurenz Meyer (Hamm)
Klaus Minkel
Henry Nitzsche
Günter Nooke
Gero Storjohann
Lena Strothmann
Volkmar Uwe Vogel
Gerhard Wächter
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion